

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Bauausschusses

Sitzung: Dienstag, 22.09.2015

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:06 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Thorsten Köster - CDU

Mitglieder

Herr Karl-Heinz Kubitzka - B90/GRÜNE

Herr Fritz Bosse - CDU

Herr Matthias Disterheft - SPD

Herr Holger Herlitschke - B90/GRÜNE

Vertretung für
Herrn Dr. Burkhard Plinke

Herr Henning Jenzen - BIBS

Frau Claudia Jonda - Piratenpartei

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Fred Maul - CDU

Frau Nicole Palm - SPD

Herr Frank Täubert - CDU

weitere Mitglieder

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

sachkundige Bürger

Frau Antje Keller - CDU

Frau Nadine Labitzke-Hermann - SPD

Herr Felix Nordheim - CDU

Herr Horst-Dieter Steinert - B90/GRÜNE

Herr Heinz Kaiser - Vertreter Vorstand Behindertenbeirat

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Frau Michaela Springhorn - FBL 65

Herr Klaus Benschmidt - FBL 66

Frau Bianca Winter - RefL 0600

Herr Bastian Günther - FB 65, Energieleitstelle

Protokollführung

Frau Tanja Hellemann - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Stefan Poehling - SPD

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.06.2015
(öffentlicher Teil)
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07.07.2015
(öffentlicher Teil)
- 4 Mitteilungen
- 4.1 Mündliche Mitteilungen
- 5 Wirtschaftlicher Betrieb von Photovoltaikanlagen (Präsentation)
- 6 Widmung von Verkehrsflächen 15-00066
- 7 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung) 15-00559
- 8 Anträge
- 8.1 Einführung einer 80-Liter-Restabfalltonne und Abschaffung des Mindestvolumens 15-00579
- 9 Anfragen
- 9.1 Status und Perspektive des Breitbandausbaus in Braunschweig 15-00563
- 9.2 Sachstand Ausbau der Breitbandversorgung 15-00624
- 9.3 Fehlende Sensibilität oder mangelnde Kommunikation bei der Beseitigung von Brandlasten? 15-00688
- 9.4 Mündliche Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschuss-Vorsitzende Ratsherr Köster eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Ratsherr Köster weist auf die zu TOP 27 nachversandte Beschlussvorlage 15-00554 und die Ergänzung der Tagesordnung um die Beschlussvorlage 15-00793 unter TOP 30 hin. Der bisherige TOP 30 - Anfragen wird als TOP 31 behandelt. Weiterhin steht zum Antrag 'Einführung einer 80-Liter-Restabfalltonne und Abschaffung des Mindestvolumens' unter TOP 8.1 die Stellungnahme der Verwaltung 15-00579-01 zur Verfügung.

Die Beratungen zu TOP 7 'Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung)' und zu TOP 8.1 'Einführung einer 80-Liter-Restabfalltonne und Abschaffung des Mindestvolumens' sollen gemeinsam erfolgen. Ebenso werden die Anfragen 15-00563 (TOP 9.1) und 15-00624 (TOP 9.2) zur Breitbandversorgung gemeinsam behandelt.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.06.2015 (öffentlicher Teil)

Ratsherr Köster bedankt sich bei Rats Herrn Bosse für die Leitung der Sitzung vom 16. Juni 2015.

Ratsfrau Jonda weist darauf hin, dass sie unter TOP 5.3 - Mündliche Anfragen/Anregungen nochmals die Anpassung der Radwegweisung auf der Wendenstraße im Bereich der Jugendherberge angesprochen habe.

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

10 / 0 / 1

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07.07.2015 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

9 / 0 / 2

4. Mitteilungen

4.1. Mündliche Mitteilungen

4.1.1. Die Stellungnahme der Verwaltung 15-00684-01 (siehe Anlage) zur Anfrage 'Flüchtlingssituation in Braunschweig' im Ausschuss für Integrationsfragen wird dem Bauausschuss nachrichtlich zur Kenntnis gegeben und liegt als Tischunterlage vor.

Stadtbaurat Leuer trägt die Inhalte der Stellungnahme zusammengefasst vor.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Disterheft erläutert Stadtbaurat Leuer, dass brandschutzrechtliche Aspekte seitens der Verwaltung mitgeprüft werden. Auf die Freiwilligen Feuerwehren werde im Fall von ggf. erforderlichen Brandwachen zurückgegriffen.

Ratsherr Kühn fragt, ob auch die Gebäude auf dem HdL-Geländes für eine etwaige Unterbringung von Flüchtlingen vorgesehen seien. Dies solle in der kommenden Sitzung des Stadtbezirksrats 213 - Südstadt-Rautheim-Mascherode behandelt werden.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Palm erklärt Stadtbaurat Leuer, dass die Prüfung der Landesliegenschaften durch das Land selbst erfolge. Die Stadt werde im Rahmen des Zustimmungsverfahrens beteiligt. Aktuell seien keine konkreten Fälle bekannt.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

4.1.2. Herr Benscheidt teilt zur Anregung von Ratsherrn Herlitschke aus der Bauausschusssitzung vom 07. Juli 2015 mit, dass zugunsten einer eindeutigen Verkehrsführung der obere Signalgeber der Ampelanlage vor dem Hauptbahnhof entfernt und der seitliche Signalgeber für Linksabbieger durch einen größeren ersetzt werde.

5. Wirtschaftlicher Betrieb von Photovoltaikanlagen (Präsentation)

Herr Günther trägt zum Thema 'Wirtschaftlicher Betrieb von Photovoltaikanlagen' anhand einer Präsentation (siehe Anlage) vor und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Die bestehende Photovoltaikanlage bei BS|Energy stamme aus dem Jahr 2003, die weiteren Anlagen aus den Jahren ab 2007. Sie verfügten daher über die entsprechend guten Konditionen. Die Angabe der CO₂-Einsparung beziehe sich auf die Einspeisung von grünem Umweltstrom. Hierneben könne auch der sog. Erntefaktor herangezogen werden, der sich auf das ca. 10-fache belaufe. Als Grenze zwischen kleinen und großen Photovoltaikanlagen seien 100 kWp angesetzt worden.

Ratsherr Herlitschke thematisiert den Einsatz von Photovoltaik-Technik kombiniert mit einer Wärmepumpe beim Neubau der Sporthalle Lehdorf. Laut Herrn Günther liegen für eine entsprechende Kombination bislang keine praktischen Erfahrungen vor, die Literaturmeinung sei jedoch durchaus positiv. Der jeweilige eigene Nutzungsanteil spiele eine große Rolle. Stadtbaurat Leuer stimmt zu, ein entsprechendes Szenario für die Sporthalle Lehdorf durchzurechnen.

Ratsherr Kubitza nimmt Bezug auf den Ratsbeschluss zu den Klimaschutzziele und fragt nach der unter den dargestellten Kriterien für eine Photovoltaik-Nutzung in Betracht kommenden Dachfläche. Laut Herrn Günther und Stadtbaurat Leuer seien grundsätzlich ca. 6.000 m² entsprechende Dachfläche vorhanden; hierin seien jedoch auch Flächen enthalten, bei denen sich ein Photovoltaikbetrieb nicht wirtschaftlich gestalten lässt. Stadtbaurat Leuer stellt dar, dass es Ziel der Verwaltung sei, möglichst viele geeignete Flächen mit Photovoltaik-Technik auszurüsten, weist jedoch auch auf die vorhandenen Kapazitäten hin.

Ratsherr Sommerfeld fragt nach der Möglichkeit, dass die betreffenden Liegenschaften den erzeugten Strom selbst abnehmen könnten. Herr Günther und Stadtbaurat Leuer stellen dar, dass dies grundsätzlich möglich sei, sofern es sich wirtschaftlich gestalten lässt. Jeder Einzelfall müsse jedoch individuell, insbesondere in Abhängigkeit von den einzelnen Einflussfaktoren auf die Wirtschaftlichkeit, betrachtet werden. Weitere Bedingung eines Eigenstromverbrauchs sei, dass ein räumlicher Zusammenhang vorliege, d.h. es müsse sich um dasselbe Grundstück handeln.

Ratsherr Kubitza weist auf die Besonderheiten des Wirtschaftlichkeitsbegriffs im Zusammenhang mit kommunalen Photovoltaikanlagen hin und appelliert, unabhängig hiervon möglichst

viele Dächer im Sinne des Ratsbeschlusses mit Photovoltaik-Technik auszurüsten, ggf. auch mittels Fremdvergaben.

Ratsherr Maul stellt dar, dass sich die Einspeisevergütung nach dem EEG auf 20 Jahre belaufe, die Lebensdauer von Photovoltaikanlagen könne jedoch bis zu 40 Jahren und länger betragen. Er bekräftigt, dass jede Dachfläche individuell auf ihre Eignung und Wirtschaftlichkeit geprüft werden müsse.

Ratsherr Köster weist darauf hin, dass auch die bisherigen Projekte schon unter dem jeweils aktuellen Definitionsbegriff der Wirtschaftlichkeit geprüft worden seien.

Ratsherr Herlitschke regt an, die Prüfung des Einsatzes von Photovoltaik-Technik an bestimmten Gebäudetypen und Nutzungsarten auszurichten. Insbesondere Sporthallen, auch in Verbindung mit Schulen, kämen primär in Betracht und sollten intensiv geprüft werden. Hier sei in der Regel auch ein entsprechender Eigenverbrauch vorhanden.

6. Widmung von Verkehrsflächen

15-00066

Ratsherr Köster fasst die Ergebnisse der Vorberatungen in den Stadtbezirksräten zusammen.

Beschluss:

„Die Widmungen der in der Anlage 1 bezeichneten Straßen sind zu verfügen und öffentlich bekanntzumachen.“

Abstimmungsergebnis:

11 / 0 / 0

7. Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung)

15-00559

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ‚Einführung einer 80-Liter-Restabfalltonne und Abschaffung des Mindestvolumens‘ (TOP 8.1) wird ebenfalls unter TOP 7 beraten.

Stadtbaurat Leuer stellt die geplanten Änderungen der Abfallentsorgungssatzung vor. In Ergänzung der bisherigen Tonnengrößen sei die Einführung eines 80 l-Restabfallbehälters vorgesehen. Der Tonnentausch auf 80 l-Behälter solle für 1 Jahr kostenfrei sei.

Ratsherr Herlitschke erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der erste Teil des Antrags bezüglich der Einführung einer 80 l-Restabfalltonne habe sich mit der vorgeschlagenen Änderung der Abfallentsorgungssatzung erledigt und werde für alle Gremien zurückgezogen. Der zweite Teil des Antrags bezüglich der Abschaffung des Mindestvolumens werde aufrechterhalten.

Ratsherr Köster erklärt für die CDU-Fraktion, dass die Einführung einer 80 l-Tonne begrüßt werde. Ebenso werde der Antrag hinsichtlich der Überprüfung des Mindestvolumens mitgetragen.

Ratsherr Kühn erklärt, dass die SPD-Fraktion der Vorlage und dem Antrag vorbehaltlich der noch ausstehenden Fraktionsabstimmung zustimmen werde. Er regt an, bei der Prüfung des Mindestvolumens auch die Erfahrungen anderer Kommunen einzubeziehen.

Ratsherr Sommerfeld bittet um eine möglichst detaillierte Prüfung entsprechend der einzelnen Behältergrößen, insbesondere sollten etwaige Gebührenveränderungen möglichst differenziert dargestellt werden.

Stadtbaurat Leuer erklärt, den Prüfauftrag hinsichtlich des Mindestvolumens mit den ergänzenden Anregungen in die weitere Bearbeitung des Abfallwirtschaftskonzeptes zu integrieren, und stellt die vorgesehene Zeitschiene des Abfallwirtschaftskonzeptes dar. Eine entsprechende Mitteilung zum Abfallwirtschaftskonzept werde in eine der nächsten Sitzungen des Bauausschusses eingebracht.

Ratsherr Kühn spricht die Möglichkeit einer Art „Flatrate“-Müllgebühr orientiert an der Anzahl der Personen im Haushalt an. Stadtbaurat Leuer weist auf die großen Unterschiede in den Müllvolumina hin. Während das durchschnittliche Volumen im Stadtgebiet bei ca. 25 bis 30 l liege, betrage das derzeitige Mindestvolumen 10 l, die jedoch teilweise auch nicht erreicht würden. Eine pauschale Abrechnung nach Kopffzahlen erscheine in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll und würde auch dem Ziel der Abfallvermeidung nicht gerecht werden.

Beschluss (Empfehlung an Verwaltungsausschuss und Rat):

„Die als Anlage 1 beigefügte Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

11 / 0 / 0

8. Anträge

8.1. Einführung einer 80-Liter-Restabfalltonne und Abschaffung des Mindestvolumens 15-00579

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde unter TOP 7 beraten.

Die Stellungnahme 15-00579-01 (siehe Anlage) wird zur Kenntnis genommen.

Ratsherr Herlitschke erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass sich der erste Teil des Antrags bezüglich der Einführung einer 80 l-Restabfalltonne mit der vorgeschlagenen Änderung der Abfallentsorgungssatzung (15-00559) erledigt habe und für alle Gremien zurückgezogen werde.

Der Punkt 1 des Antrags

"1. Im Rahmen der nächsten Gebührenanpassungen im Bereich der Abfallentsorgung wird zusätzlich zum vorhandenen Behälterangebot eine 80-Liter Tonne für den Restabfall eingeführt."

wird für alle Gremien zurückgezogen; der Punkt 2 des Antrags wird aufrechterhalten.

Beschluss (Empfehlung an Verwaltungsausschuss und Rat):

"Der Rat der Stadt Braunschweig wird gebeten, zu beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen und dem Rat darzustellen, welche Auswirkungen ein Verzicht auf das Vorschreiben eines Mindestvolumens für die Restabfallbehälter in Braunschweig hätte. Hierzu ist eine Darstellung der entsprechenden Faktoren (z.B. Gebührenveränderungen, "wilde Müllkippen" etc.) in vergleichbaren Großstädten vorzulegen. Die Ergebnisse sind so frühzeitig vorzulegen, dass eine Abschaffung oder Minderung des Mindestvolumens in der nächsten Fortschreibung der Abfallentsorgungsgebührensatzung berücksichtigt werden kann."

Abstimmungsergebnis:

11 / 0 / 0

9. Anfragen

Die Anfragen 15-00563 (TOP 9.1) und 15-00624 (TOP 9.2) zur Breitbandversorgung werden gemeinsam behandelt.

9.1. Status und Perspektive des Breitbandausbaus in Braunschweig 15-00563

Ratsherr Kühn erläutert die Anfrage der SPD-Fraktion.

Herr Benschmidt beantwortet die Anfrage der SPD-Fraktion.

Die Stellungnahme 15-00563-01 (siehe Anlage) wird zur Kenntnis genommen.

9.2. Sachstand Ausbau der Breitbandversorgung 15-00624

Ratsherr Maul erläutert die Anfrage der CDU-Fraktion.

Herr Benschmidt beantwortet die Anfrage der CDU-Fraktion und ergänzt, dass nach Auskunft der Telekom auch die Gewerbegebiete vom Netzausbau entsprechend profitieren sollen.

Die Stellungnahme 15-00624-01 (siehe Anlage) wird zur Kenntnis genommen.

9.3. Fehlende Sensibilität oder mangelnde Kommunikation bei der Beseitigung von Brandlasten? 15-00688

Ratsherr Köster erläutert die Anfrage der CDU-Fraktion.

Frau Springhorn beantwortet die Anfrage der CDU-Fraktion.

Ratsfrau Palm betont, dass ein gemeinsamer Dialog mit den Schulleitungen zur Begleitung des Prozesses wünschenswert gewesen wäre.

Stadtbaurat Leuer nimmt Bezug auf die dargestellten Abläufe und wirbt um Verständnis für das erfolgte Vorgehen. Im Ergebnis konnte sichergestellt werden, dass alle Schulen ihren Unterricht nach den Sommerferien planmäßig und ohne größere Einschränkungen abhalten konnten. Vor dem Hintergrund der Gesamtumstände und der Ferienzeit sei die Kommunikation entsprechend des Möglichen erfolgt.

Stadtbaurat Leuer macht deutlich, dass es keine Alternative dazu gebe, den ersten Rettungsweg brandlastenfrei zu halten. Dies konnte mit den jeweiligen Maßnahmen auf vertretbare Weise erreicht werden, ohne dass es zu räumlichen Nutzungseinschränkungen gekommen sei.

Ratsherr Herlitschke bekräftigt, dass der Brandschutz oberste Priorität habe und unabdingbar sei. Die Durchführung von Brandschauen und das Freihalten der Flucht- und Rettungswege seien zwar nicht neu, allerdings erfolge hierbei aktuell eine neue Risikobewertung und richtigerweise strengere Handhabung und Nachhaltung. Aufgrund der unterschiedlichen fachlichen Hintergründe von Bauschaffenden und Pädagogen fehle es in diesem Zusammenhang möglicherweise auch an gegenseitigem Verständnis. Es wäre sinnvoll, die Thematik auch im Schulausschuss zu behandeln. Die Schulen benötigten zeitnah möglichst kostengünstige Perspektiven und Ersatzmaßnahmen zur brandtechnisch sicheren Fortführung der bisherigen Arbeit. Denkbar wären z.B. Wandbemalungen, alternative Ausstellungsflächen oder auch Glasvitrinen etc. Ggf. müsse über höhere finanzielle Mittel nachgedacht werden. Ratsherr Köster thematisiert die Einbindung des Fachbereichs Schule als Kommunikations-

bindeglied zwischen Schulleitungen und Verwaltung und fragt nach dem weiteren zeitlichen Ablauf.

Protokollnotiz: *Bürgermitglied Keller verlässt um 16:18 Uhr die Sitzung.*

Stadtbaurat Leuer stellt das einheitliche Prozedere dar. Nach erfolgter Brandschau werden die Ergebnisse durch die Feuerwehr, den Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement, das Referat Bauordnung und den Fachbereich Schule, welcher die betroffenen Schulleitungen hinzuziehe, gemeinsam analysiert und im Konsens angemessene Lösungen entwickelt.

Im Hinblick auf die vorübergehend mit in die Unterrichtsräume zu nehmenden Jacken verweist Stadtbaurat Leuer auf das Ausschreibungsverfahren zur Anschaffung entsprechender Stahlschränke sowie die Lieferzeiten. Frau Springhorn stellt dar, dass eine pauschale Beschaffung nicht möglich sei, da die Schränke die Flucht- und Rettungswege nur auf ein gewisses Maß einschränken dürften. Es müsse daher jeder Einzelfall planerisch vor Ort geprüft und mit der Schule abgestimmt werden.

Auf Nachfrage von Bürgermitglied Nordheim bestätigen Frau Springhorn und Stadtbaurat Leuer, dass die Termine der Brandschauen sowie die nachfolgenden Besprechungstermine bei den Schulleitungen bekannt seien und hierzu eingeladen werde. Grundsätzlich seien die Schulleitungen bzw. deren Stellvertretungen oder zumindest ein Vertreter der Schule sowie der Fachbereich Schule bei den Terminen anwesend.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Kühn erklärt Stadtbaurat Leuer, dass die Brandschauen über die bereits überprüften Schulen hinaus fortgesetzt werden. Die Feuerwehr habe eine entsprechende Priorität gesetzt. Die Begrifflichkeit ‚Brandlast‘ sei bei allen Beteiligten bekannt.

Rats Herr Disterheft betont die Komplexität des Themas sowohl für die Feuerwehr als auch für die Verwaltung und den jeweiligen Nutzerkreis. Der Ansatz, den ersten Rettungsweg brandlastenfrei zu halten, sei richtig und wichtig, müsse jedoch weitergedacht und kommunikativ begleitet werden. Die Umsetzung der geänderten Herangehensweise und neuen Prioritäten könne nur gemeinsam mit allen Beteiligten gelingen; es habe ein Umdenken stattzufinden. Die Brandschutzerziehung, insbesondere in den Schulen, sei zu verstärken. Es handele sich um eine gesamtgesellschaftliche Problematik, die ganzflächig über Ausschussgrenzen hinweg lösungsorientiert zu diskutieren sei. Die vorliegende Anfrage und deren Erörterung solle daher auch an den Schulausschuss weitergeleitet werden.

Rats Herr Herlitschke bekräftigt, dass insbesondere bei den Schulleitungen ein geändertes Bewusstsein für die Thematik geschaffen und dieses im Alltag auch gelebt werden müsse. Auch sollten an den Brandschauen zwingend die Schulleitungen bzw. deren Stellvertretungen und nicht ggf. nur ein Hausmeister teilnehmen. Der Fachbereich Schule sei im Hinblick auf alternative Umsetzungsmöglichkeiten der pädagogischen Arbeit einzubinden. Der entstandene Diskussionsprozess sei gut und wichtig für die Sensibilisierung aller Beteiligten für die Thematik.

Ergänzend weist Rats Herr Herlitschke darauf hin, dass Kindertagesstätten brandschutztechnisch oftmals anders als Schulen zu behandeln seien, da diese kleinere Einheiten bildeten. Für Schulen sei weiterhin auch die Schulbaurichtlinie maßgeblich.

Frau Springhorn gibt den Hinweis, dass kürzlich brandschutztechnische Schulungen der Schulhausmeister zusammen mit der Feuerwehr und den Brandschutzgutachtern erfolgt seien.

Rats Herr Maul regt an, bei der Brandschutzerziehung in Schulen den Fachbereich Feuerwehr miteinzubeziehen. Dieser könne vor Ort in den Schulen entsprechende Aufklärungsarbeit sowohl bei den Schülern als auch bei den Lehrern und Schulverantwortlichen leisten, so dass ein guter Übergang zwischen Bauverwaltung, Feuerwehr und Pädagogen erreicht werden könnte.

Die Stellungnahme 15-00688-01 (siehe Anlage) wird zur Kenntnis genommen.

9.4. Mündliche Anfragen

9.4.1. Herr Kaiser nimmt Bezug auf die neuen Vorgaben zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und die auf Braunschweig bezogen erarbeiteten Anwendungsmöglichkeiten und fragt nach deren Umsetzung, Kommunikation und der weiteren Zeitschiene. Herr Benschmidt bestätigt entsprechende Abstimmungsgespräche. Es handele sich bislang um interne Überlegungen, wie die Aspekte der Richtlinie möglichst sinnvoll und zielführend umgesetzt werden könnten. Die im Rahmen dieses Prozesses von Herrn Kaiser eingebrachten weitergehenden Anregungen würden ebenso wie z.B. stadtgestalterische Aspekte in die gesamtplanerische Abwägung einbezogen. Derzeit würden verschiedene Planungsszenarien entwickelt, die anschließend auch in die politischen Gremien eingebracht würden. Ziel sei es, den Grundsatzzprozess innerhalb des nächsten Jahres abzuschließen.

Protokollnotiz: Ratsherr Jenzen verlässt um 16:46 Uhr die Sitzung.

9.4.2. Herr Kaiser fragt, wann die vorgesehene Versetzung der Haltestelle an der Naumburgstraße / Fachbereich Soziales und Gesundheit und der Bau einer Mittelinsel als Querungshilfe erfolgten. Herr Benschmidt stellt dar, dass im Rahmen der Erschließung des Klinikums im Bereich der Einmündung Fichtengrund eine Signalanlage mit erleichterter Querung vorgesehen sei. Die Haltestellen-Verlegung und die weiteren Planungen zum Umbau der Salzdahlumer Straße seien bis zur Entscheidung über den Verlauf der Stadtbahntrassen zurückgestellt.

9.4.3. Auf Nachfrage von Bürgermitglied Nordheim zum Sachstand der Warnbaken am Weisenhausdamm berichtet Herr Benschmidt, dass noch ein Abstimmungsgespräch bezüglich der LKW-Zufahrt eines Gewerbebetriebs ausstehe.

9.4.4. Bürgermitglied Nordheim weist darauf hin, dass insbesondere zu den Hauptverkehrszeiten die Hamburger Straße von der A 392 aus aufgrund des Rückstaus schwer zu erreichen sei; die Grünphasen der Ampelschaltung seien sehr kurz. Herr Benschmidt erläutert, dass die Baumaßnahme Hamburger Straße in Kürze fertiggestellt sei, in diesem Zuge werde auch die Signalanlage auf den endgültigen Stand angepasst.

9.4.5. Bürgermitglied Nordheim hinterfragt ergangene verkehrstechnische Einzelentscheidungen mit einerseits formalrechtlicher und andererseits praxisorientierter Argumentation. Hinsichtlich der beispielhaft benannten Ampelanlage Hallestraße, Einmündung Salzdahlumer Straße, erläutert Herr Benschmidt, dass die Einrichtung eines grünen Pfeils dort aufgrund der parallel geschalteten Fußgängerquerung über die Salzdahlumer Straße nicht möglich sei. Dies werde signaltechnisch jedoch noch einmal überprüft.

9.4.6. Ratsherr Kühn berichtet über potentiellen Raumbedarf an der Grundschule Mascheroder Holz und fragt nach dem Verfahren zur Einrichtung von Räumen zur schulischen Nutzung auf dem Dachboden der Schule. Frau Springhorn erläutert, dass ein etwaiger Raumbedarf zunächst gegenüber dem Fachbereich Schule nachzuweisen und durch den Schulausschuss zu beschließen sei. Der bauliche Planungsprozess erfolge anschließend durch die Bauverwaltung.

Protokollnotiz: Ratsfrau Jonda verlässt um 16:53 Uhr die Sitzung.

9.4.7. Auf Nachfrage von Bürgermitglied Steinert erklärt Herr Benschmidt, dass ihm keine Abweichungen im Zeitplan der Deutschen Bahn AG zur Baumaßnahme am Bahnübergang Steinriedendamm bekannt seien. Im Hinblick auf die angefragte Ampelschaltung zur Verkehrsführung aus Richtung Osten stadteinwärts stellt Herr Benschmidt dar, dass seitens der Stadt sämtliche verkehrlichen Optionen in den Abstimmungsprozess mit der Deutschen Bahn AG eingebracht worden seien, um eine unter den gegebenen Umständen möglichst optimale Verkehrsführung zu erreichen. Für eine entsprechende Ampelschaltung wäre dar-

über hinaus auch eine kostenaufwändige BÜStra-Anlage erforderlich, die mit der Gleissignalisierung gekoppelt sei. Weitergehende Verbesserungen zur jetzigen Situation seien leider weder technisch noch finanziell möglich.

Protokollnotiz: Ratsherr Kühn verlässt um 16:56 Uhr die Sitzung.

Die Sitzung endet um 17:06 Uhr.

gez. Köster

Vorsitz

gez. Leuer

Stadtbaurat

gez. Hellemann

Schriftführung